

Zoole-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausw. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Beilagen werden
von allen Kassenpostämtern ange-
nommen. Um aus. Zeitungen zu
erhalten unter Code-Zeitung ein-
tragen. Für unentgeltlich einge-
gangene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Genehmigung des Verlegers ge-
statet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Druck-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Page 1
werden d. Gef. 2. 24 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechn. u. in unsern An-
zeigensystemen u. allen Anzeigenge-
schäften angenommen. Zeilen
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vom
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zur
Möglichkeit, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Verwaltung: Halle,
Neue Promenade 14, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Verwaltung:
März 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 479a.

Halle, Montag, den 13. Oktober.

1910.

Clemenceaus Friedensprolog.

Eine Antwort-Note der Entente über das Baltikum.

Die Rede Clemenceau im Senat.

WTB. Paris, 12. Oktober. (Drahtnachricht.) Bei der Erörterung des Friedensvertrages im französischen Senat erklärte der sozialistische Senator Floissier, daß er nicht an einer glücklichen Entwicklung Deutschlands verzweifelte. Man müsse sich hüten vor jedem Geiste der Rache und des Zwanges, die Frankreich unwirksam seien. Es sei ein seltsames und konstantes, daß der Vertrag nicht die Zukunft Frankreichs überlebe. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten de Selles sagte, der Friedensvertrag richte eine internationale Moral auf. Man müsse die deutsche Mentalität ausgenutzt verurteilen. Der Vertrag mache eine auswärtige Politik für Frankreich notwendig, die auf einer Allianz der Großmächte aufgebaut sei.

Ministerpräsident Clemenceau nannte den Friedensvertrag unvollkommen. Der Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz hätten kein Wunder wirken können. Das ganze Leben bestehe aus Aufschwüngen. Zu dieser Aufschwüngen sei auch Frankreich verurteilt. Die Friedenskonferenzen im Haag hätten sich ausgedehnt und als eine Folge des Krieges zu einem Völkerbund ausgewachsen. Den Krieg mit Deutschland habe Frankreich seit einem halben Jahrhundert erzwungen. Die Franzosen seien einzig in dem Gedanken gewesen, diesen Krieg niemals zu prozognisieren, und andererseits hätten sie die Ueberzeugung gehabt, daß der Krieg mit allen seinen Lasten ertragen werden müsse. Aus diesem Gedanken heraus sei die Allianz mit Rußland und England entstanden.

Clemenceau fuhr dann fort, die Welt sei groß genug, um auch Frankreich einen Platz zu lassen. Wilhelm II. hätte gesagt, die Zukunft Deutschlands liege auf dem Wasser. Heute liege sie in der Zukunft unter dem Wasser.

England habe sich erst nach dem Angriff auf Belgien zum Eingreifen entschlossen. Es habe nur an Antwerpen gedacht. Heute wisse es aber auch, daß es an Calais denken müsse. Heute beständen Verträge. Er habe gesagt, daß selbst, wenn sie nicht bestünden, der Ueberzeugung sei, daß England doch Frankreich zu Hilfe kommen werde. Die Aufgabe sei gewesen, den deutschen Militarismus niederzuschlagen. Was die deutsche Einseitigkeit betreffe, so sei er gewiß kein Anhänger davon, Frankreich wolle die Deutschen nicht beherrschen. Die Fran-

zosen wollten frei sein, um zu bestelen. Die Deutschen freuten sich aber, um zu freuchen. Es läge nicht in der Absicht Frankreichs, in das Herz der Deutschen einzudringen.

Was die Frage der Entwaflnung Deutschlands anbetreffe, so müsse angestanden werden, daß zwischen fünf Millionen und 100 000 Mann ein Unterschied liege. Man habe die Militärschlacht gegen die Vorposten der militärischen Gachertstündigen besiegelt. Man habe die ganze schwere Artillerie verboten und die leichte Artillerie von 9000 Stück auf 280 herabgesetzt.

Warum habe man Deutschland diese Kanonen und die Festungen im Osten belassen? Weil Deutschland ein Interesse daran habe, sich zu verteidigen, und weil Frankreich kein Interesse daran hat, ein bolschewistisches Deutschland zu sehen.

Er müsse zugeben, daß die Mentalität der Deutschen nicht verteidige. In seinem Heim sei er ein liebenswürdiger Mensch mit anerkennenswerthem Gefühl. Aber es gebe Unterhaltung, die man mit ihm nicht pflegen könne.

Die Sozialdemokratie sei der Militäre der militärischen Partei und löse Deutschland. Er müsse nicht, ob die Sozialisten sich militärischen würden, aber er wisse, daß die Militärschlacht nicht sozialistischer würden. Clemenceau fragte: Glauben Sie, daß die Zukunft des deutschen Regimes ebenso sichergestellt ist wie die unsrige? Es vollziehen sich in der deutschen Armee Evolutionen.

deren Tragweite man nicht voraussehen kann. Aber was er wisse, sei, daß dieser Staat in der letzten Weise nicht fortbestehen könne.

Wenn man ihn frage, welches die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland sei, so antwortete er: Zunächst muß der Friedensvertrag ausgeführt werden.

Das ist der Präzision. Er befürchte sehr die wirtschaftliche Domination mehr als die militärische. Wenn wir für die Zukunft einen nützlichen Ausgleich haben wollen, dann müssen wir die französische Oberherrschaft überleben.

Über damit Deutschland bezahlen kann, muß es arbeiten. Man müsse niemals vergessen, daß es sich um ein intelligentes, ordnungsliebendes und methodisches Volk handle. Auch die Frage der Verantwortlichkeit müsse geprüft werden. Das werde in Deutschland Laßachen zeitigen die man nicht kenne. Frankreich werde aber keine der widerwärtigen Vorurtheile, die man gegen es begangen habe, amnestieren. Präsident Wilson, der

nicht Deutschlands Freund sei, habe gehofft, daß die Deutschen bald in den Völkerbund eintreten könnten. Wenn dieser Schritt zur Debatte käme, werde man sie befragen, was sie über das

Wamisch der 93 Intellektuellen dächten. Mit dem Satz löse man nichts. Was die Wiedergutmachung betreffe, so hätte man einen feinen Preis setzen wollen, der sei aber so niedrig gewesen, daß ihn das französische Parlament nicht angenommen habe.

Was die militärische Sicherheit Frankreichs betreffe, so sei der Rhein auf seinem linken Ufer neutralisiert, und auch auf 50 Kilometer seines rechten Ufers. Was die finanzielle Belegung der Rheinlande mit den Brückendämmen anbetreffe, so hätte er sich dazu verziehen können, wenn er nichts anderes erreicht hätte.

Ich habe darauf verzichtet, als die englische und amerikanische Allianz abgeschlossen wurde.

Was den Völkerbund anbetreffe, so lege er auch Mitglieder des Völkerbundes, die sich mit der Völkerei in der Hand betrachteten. Damit der Völkerbund leben könne, müssen die Menschen die Fähigkeit besitzen, ihm das Leben zu ermöglichen. Man löse sich einer Formel, die das Glück der Menschheit machen könne. Aber bevor man andere reformiere, müsse man sich selbst reformieren. Die Schaffung des internationalen Arbeiterparlamentes sei ein großer Gedanke. Es frage sich nur, wie es funktionieren werde.

Zum Schluss forderte Clemenceau die Franzosen auf, einzig zu bleiben. Frankreich müsse viele Kinder haben. Ohne diese könne man in einen Vertrag hineinschreiben, was man wolle, und doch sei Frankreich verloren. Augustus habe die Römer gewonnen, eine starke Familie zu haben.

Clemenceau schloß: Unser Vaterland hat uns die schönsten Geschäfte hinterlassen. Unsere Kinder werden zu gut sein, um Frankreich zu begreifen. Clemenceau erhielt starken Beifall, und es wurde beschlossen, seine Rede im ganzen Lande anzuhören zu lassen.

Annahme des Friedensvertrages im Senat.

WTB. Paris, 12. Oktober. (Drahtnachricht.) Am 11. Uhr hat der französische Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

Die Note Sochs.

WTB. Berlin, 12. Oktober. (Drahtnachricht.) In der Frage der Räumung des Baltikums hat die Entente der deutschen Regierung folgende Note zugehen lassen:

Paris, 10. Okt. Die alliierten und assoziierten Regierungen nehmen Kenntnis von der in der Note vom 3. Okt. in aller Form zum Ausdruck gebrachten Absicht der deutschen Regierung, den Rückzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter Energie einzuleiten und durchzuführen. Sie billigt gleichfalls die Zweckmäßigkeit der zu diesem Zweck von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen. Die deutsche Regierung versichert jedoch, daß die von ihr eingeleiteten Maßnahmen sie von der Anschuldigung freisprechen, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, wie sie durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes festgelegt sind, vernachlässigt zu haben. Nachdem aber die Anordnungen der deutschen Regierung offenbar trotz der wiederholten Ersuchen und Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen so lange aufgeschoben worden sind,

daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre Ausführung durchzuführen, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß die Verzögerung beabsichtigt wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu behaupten vorgibt. Augenscheinlich ist es tatsächlich unmöglich, eine andere Erklärung für die Verzögerung zu finden, den General von der Goltz zurückzuführen, welche er ihre offizielle Vertreter gewesen ist, um die gegenwärtige Situation zu schaffen,

die durch den offenen Widerstand gegen die berechtigten Ansprüche der alliierten und assoziierten Regierungen charakterisiert wird. Warum hat man die Zurückführung des Generals, die dreimal verlangt wurde, verzögert? Warum wurde der General, nachdem er seit nur einigen Tagen nach Berlin kam, nach dem er sich auf das Operationsgebiet zurückgezogen? Offenbar geschah dies, um mit Hilfe der Autorität seiner offiziellen Stellung eine Organisation durchzuführen, die sich der deutschen Regierung gestattet, zu behaupten, daß die Truppen, die bisher durch die deutsche Regierung befehligt, befreit und versorgt worden sind, heute selbstständig geworden sind. Hat General von der Goltz

seinen Instruktionen entgegen gehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist keine Insubordination nicht bestraft worden, sei es durch eine schärfste Verabschiedung oder auf irgend eine andere Weise?

Sollten die deutsche Regierung auf diese Frage nicht genügende Erklärungen, als sie bisher gegeben hat, liefern, können die alliierten und assoziierten Regierungen nicht glauben, daß die deutsche Regierung ihre Befehlsgebung gemäß dem gehen hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus dem baltischen Staaten zurückzuführen. Es ergibt sich übrigens aus den letzten Nachrichten aus Estland, daß die Lage sich erheblich verschlechtert hat infolge der Offensiven, welche die Deutschen am 8. Oktober ergriffen haben, indem sie die deutsch-estnische Zone verließen, die lettischen Stellungen mit Panzerzügen, mit Flugzeugen und mit gilligen Gasen angegriffen, und indem sie weiter Riga bedroht und in Anland die Bildung einer deutsch-russischen Regierung herbeigeführt haben, die sich der Vorkontrollierung feindlich gegenüber gestellt hat. Im Hinblick auf diese Lage halten die alliierten und assoziierten Regierungen das Prinzip der vollen Verantwortlichkeit der deutschen Regierung in der Ausführung des Abtransports ausreicht, und sie wünschen, die in ihrem Telegramm vom 27. Sept. angeführten Maßnahmen in vollem Umfange auszuführen, um zu gewährleisten zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller Mühsamkeit durchgeführt werden wird.

Inzwischen, um die Ausführung dieser Operationen zu erleichtern und die deutsche Regierung zu unterstützen, nehmen die alliierten und assoziierten Regierungen den Vorschlag an, Vertreter zu entsenden,

deren Mission darin bestehen wird, bei der deutschen Regierung von den Maßnahmen Kenntnis zu nehmen, die von ihr getroffen worden sind, um die Bedingungen des Abtransports zu erfüllen, wie auch um die Vorkontrollen vorzunehmen, die sie selbst für nötig halten, und im Prinzip sich in voller Mitsprache die wirksame Kontrolle der Ausführung dieser Maßnahmen ausüben. Der Vorschlag der alliierten Kommission wird in die Hand eines Generals gelegt werden, den die alliierten und assoziierten Regierungen ernennen werden. Seit wenn dieser General dem Obersten der alliierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß er die Maß-

nahmen des Abtransports nunmehr durchgeführt werden können, die durch das Telegramm vom 27. September vorgelegenen Bedingungen entsprechen werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, ihre Antwort so schnell wie möglich beizubringen zu wollen. Sie ist beabsichtigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sie für jeden Akt der Feindseligkeit verantwortlich machen werden, der gegen ihre Repräsentanten in der ostbaltischen Provinzen durch die deutschen Truppen sich ereignen könnte.

Die falsche Meldung über den deutschen Angriff.

London, 10. Oktober. „Daily Chronicle“ meldet aus Riga vom 8. 10.: Eine deutsche Truppenmacht von 20 000 Mann greift die Letten auf einer Front von 10 Meilen einige Meilen außerhalb Rigas an. Prinz der WEL: Die Nachricht ist irreführend. Es handelt sich um die russischen Truppen unter Vermond. Was soll. Deutsche Formationen sind an den Klampen nicht beteiligt.

Eine weitere englische Meldung.

WTB. Amsterdam, 12. Oktober. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet aus London mit Bezug auf die Vorgänge in den baltischen Provinzen, daß General von der Goltz vor drei bis vier Tagen nach Berlin abgereist wurde. Von einer Bewegung seiner 100 000 Mann sei jedoch bisher nichts zu merken.

Riga befehlt.

WTB. London, 11. Oktober. (Reuters) „Daily Mail“ meldet aus Helsinki's von 9. Oktober, daß die Vorhut des Obersten Vermond Riga befehlt hat.

WTB. Amsterdam, 12. Oktober. (Drahtnachricht.) Dem Reuterschen Radio zufolge wird der König von Spanien demnächst London und Paris besuchen.

